



Info: Dalit Solidarität No. 1

Internationale Dalit-Solidarität

Ende der 90er Jahre scheint das Interesse an der Menschenrechtssituation der Dalits in Indien in einer Anzahl von Ländern wieder gestiegen zu sein. „Human Rights Watch“ (HRW, aus den USA) führte 1998 eine Studie über die Menschenrechtsverletzungen an Dalits durch. Im März 1999 wurden die Ergebnisse in Buchform veröffentlicht („Broken People“). Kurze Zeit später erfolgte die Gründung des „Dalit Solidarity Network-UK“, und DanChurchAid produzierte einen Fernsehfilm über Dalits. Ein kleines Netzwerk bildete sich in Frankreich mit dem Ziel, die Dalit-Initiativen zu unterstützen.

In dieser Periode entwickelte sich die „National Campaign on Dalit Human Rights“ (NCDHR) in Indien zu einem Netzwerk von mehr als 250 Gruppen und Einzelpersonen.

Ursprünglich nur für ein Jahr eröffnet, beschlossen die OrganisatorInnen im Dezember 1999 eine zweite Phase einzuläuten: Ziel ist es, daß „Kastendiskriminierung aufgrund der Abstammung und (beruflicher) Tätigkeit“ auf die Agenda der bevorstehenden UN-Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz (WCAR) gesetzt wird. „Kastenordnungen“ soll als Quelle der Verletzung unveräußerlicher Menschenrechte verurteilt werden.

Im März 2000 wurde in London das „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) ins Leben gerufen. Diesem gehören bisher u.a. an: NCDHR, Human Rights Watch, India's National Federation for Dalit Women, India Committee of the Netherlands, Dalit Solidarity Forum-USA, Dalit Solidarity Network-UK, Ambedkar Centre for Justice and

Peace-Canada, Dalit Liberation Education Trust-Tamil Nadu, Navsarjan Trust-Gujarat, Sakshi-Andhra, Society of Depressed People for Social Justice-Rajasthan, People's Watch-Tamil Nadu, Dalit Media Network-Tamil Nadu, DanChurchAid, Amnesty International, Christian Aid, Minority Rights Group, Anti-Slavery International, Brot für die Welt, The Dalit Solidarity Forum, New Jersey, Federation of Dalit Organisations in North America, FABRONA, Oxfam, Swiss Aid. Das IDSN unterstützt die von der NCDHR aufgestellten Forderungen nach Ernennung eines UN-Sonderberichterstatters zur Untersuchung der Praxis von Unberührbarkeit in Indien und anderen südasiatischen Staaten; nach Einschluß der Kastendiskriminierung (Diskriminierung aufgrund der Abstammung und der - beruflichen - Tätigkeit) in Artikel 1 der „Internationalen Übereinkunft zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“; nach Bewertung von Kastendiskriminierung als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit; und nach Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur „Kastenordnung“ bei der UN-Menschenrechtskommission. Von Seiten der NCDHR wird argumentiert, daß Kastenordnung und Rassismus zu ähnlichen Diskriminierungsformen führen.

Da „Diskriminierung aufgrund der Abstammung und (beruflicher) Tätigkeit“ nicht allein ‚Gemeinschaften‘ in Indien und Südasien betrifft, sondern z.B. auch Burakumin in Japan, Roma und Sinti in Europa, Gemeinschaften im Senegal und in Nigeria, muß das Thema endlich durch die internationale Gemeinschaft Beachtung finden. Das „Kastensystem“ existiert aber nur auf dem Kontinent Südasien.

Nach Gail Omvedt, verstärkte der brahmanische Hinduismus dieses System und verhalf ihm zu seinem vollen Umfang. Es existieren (aber auch) Kasten im mohammedanischen Pakistan und in Bangladesh sowie bei den buddhistischen Singhalesen. Das Kastensystem ist ein soziales System, welches für diesen Kontinent charakteristisch ist. (Gail Omvedt: Dalits und die demokratische Revolution, S. 31).

Im September 2000 haben deutsche Organisationen ‚nachgezogen‘ und ein Netzwerk -mit dem provisorischen Namen Dalit-Solidarität- Deutschland verabredet (u.a. BfdW, Misereor, EZE, Missio, EMW, der Ev.Luth. Mission in Niedersachsen, Ev. Akademie Iserlohn, Ev. Akademie Bad Boll, Ges. f.b. Völker, Diakonisches Werk der EKD, Ausschuß für Bildung und Publizistik, ESG II Frankfurt, Sozial- und KulturwissenschaftlerInnen, FIAN Heidelberg, Inkota-Berlin, Dritte-Welt-Haus Frankfurt e.V.).

Die „offene Plattform“ soll sich bis zum Juni 2001 konstituieren und eine eigenständige Informations- und Koordinationsstelle aufbauen.

Dalit-Menschenrechtsdiskurs

Bestimmte Menschenrechte –das Recht auf einen angemessenen Lebensunterhalt, das Recht auf Bildung, das Recht auf Land und Arbeit, das Recht auf Gender-Gerechtigkeit, das Recht auf Leben und Sicherheit, das Recht auf Reservierungen und Anstellung- treffen direkt in das Zentrum des gegenwärtigen Diskurses über Dalit-Menschenrechte. Es gibt andere Menschenrechte und fundamentale Freiheiten die den Dalits - weil sie Dalits sind verweigert werden: Das Recht auf Mobilität, das Recht den Wohnort frei wählen zu

können, das Recht der freien Meinungsäußerung und der freien Berufswahl, das Recht nicht diskriminiert zu werden usw. Der Diskurs über Dalit-Menschenrechte ist in erster Linie ein Diskurs über das Recht als Mensch behandelt zu werden. Durch seinen „Gruppen-Charakter“ unterscheidet er sich von dem legalistischen und individualistischen Menschenrechtsansatz des indischen Staates und regierungsnaher NGOs.

Durch Analysen der letzten 53 Jahre kann gezeigt werden, daß der indische Staat sich bei der Umsetzung der Gesetzgebung äußerst zurückhält, und vor seiner Verantwortung für den Schutz der Dalits zurückweicht. Die Ignoranz der staatlichen Behörden bei Massakern und direkten Angriffen auf Dalits und ihre nachsichtige und vorurteilsbehaftete Politik gegenüber den Tätern, ist als ein schwerwiegender Verstoß gegen die Menschenrechte der Dalits zu bewerten. Erst das Versagen des Staates habe dazu geführt, daß die individuellen Rechte neu als Gruppenrechte definiert werden mußten. (National Center for Advocacy Studies, Pune). „Die Kampagne für Dalit - Menschenrechte hat ihren Ursprung in dieser Apathie auf Seiten des Staates und seiner Organe. Die Kampagne für Dalit-Menschenrechte kann daher den gesamten Diskurs über universale und gleiche Menschenrechte neu aufrollen, und die Allgemeine Menschenrechts-erklärung im Lichte der vergangenen Erfahrungen von Diskriminierung, Erniedrigung, Grausamkeit, und Verletzung der menschlichen Würde und des Selbstrespekts neu definieren- aus der Perspektive der Dalits“.

Networking und Lobbying

Die internationale Allianz von NCDHR und ausländischen Menschenrechtsgruppen hat es erreicht, daß ein kritisches Gegengewicht innerhalb des UN-Menschenrechtssystems etabliert werden konnte. Die Beobachtungen und Empfehlungen diverser UN-Gremien stellen eine notwendige Ergänzung zur Lobby-Arbeit dar. Um nur einige, für den Erfolg der Kampagne wichtige Interventionen zu nennen:

„(...) In den Gesellschaften Südasiens werden immer noch große Bevölkerungsteile aufgrund von Tätigkeit und Abstammung (Herkunft) unterdrückt, ausgegrenzt und diskriminiert. Insbesondere den Dalits, als den Angehörigen der lange Zeit als „Unberührbare“ klassifizierten Gruppen bleiben im großem Umfang weiterhin menschenwürdige Lebensverhältnisse, grundlegende Menschenrechte und die Respektierung ihrer Menschenwürde versagt. Dies geschieht, obwohl zumindest im Falle Indiens die Verfassung und in der Folge eine Reihe weiterer Gesetze die Praxis der Unberührbarkeit untersagen und mit Strafe belegen sowie die allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse als nationales Leitprinzip verfechten. Tief verwurzelte soziale Praktiken der Hierarchisierung („Kastenordnung“) stigmatisieren in Südasiens insgesamt 250 Millionen BürgerInnen als Menschen zweiter Klasse und perpetuieren nach ungleich subtileren Merkmalen als der bloßen Hautfarbe nach wie vor eine „indische Apartheid“. Die Situation der Dalits ist deswegen besonders komplex, weil sich hier Formen sozialer, politischer, ökonomischer, kultureller und ritueller Diskriminierung durchdringen und wechselseitig verstärken. Gerade in neuerer Zeit – zum Teil als Reaktion auf die erwachende Gegenwehr der Dalits - hat die Zahl der direkten Übergriffe auf Dalits (sog. atrocities) zugenommen. Diesen fielen in der jüngeren Vergangenheit allein in Indien jährlich fast 1000 Menschen zum Opfer (nur die dokumentierten Fälle). Nicht nur aus diesen Gründen scheint es notwendig, dem Ruf vieler Dalit-VertreterInnen nach internationaler Solidarität zu folgen und den Kampf der Dalits speziell zu unterstützen. Eine spezielle Konzentration auf diese Gruppe ist auch deshalb erforderlich, weil sie in der offiziellen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik und in vielen Entwicklungsprojekten aufgrund ihres schlechten Zugangs zu Entscheidungsprozessen, Schlüsselpositionen, Ressourcen usw. häufig übergangen werden.

Dalit Solidarität Deutschland (DaSoDe) konstituiert sich als eine offene Plattform für alle demokratischen Organisationen, Institutionen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen in Deutschland, die die Bemühungen von Partnern in Südasiens teilen, die Strukturen der Ungleichheit zu überwinden. Sie baut dabei auf der Solidarität auf, die sich schon seit mehreren Jahren in der Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit vieler Organisationen und Gruppen weltweit und auch in Deutschland mit den unterschiedlichen Strömungen und Gruppierungen der Dalit-Bewegung in Indien und anderen südasiatischen Ländern ergeben hat. (...) Alle Maßnahmen und Aktionen werden auf die Auswirkungen hin analysiert, die sie für die Frage der gender-Gerechtigkeit haben(...)Damit sollen auch Bemühungen unterstützt werden, patriarchale Strukturen innerhalb der Gruppe der Dalits zu überwinden(...) DaSoDe versteht sich(...) als eine Art „Parallelaktion“ gegen alle Erscheinungsformen sozialer Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (...)

DaSoDe versteht sich als Teil einer längerfristigen Bewegung, nicht als eine befristete Kampagne. Die in der DaSoDe zusammenarbeitenden Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen bringen zur Erreichung der gemeinsamen Ziele entsprechend ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Verortung und weltanschaulichen Ausrichtung ihre spezifischen Erfahrungen und Kenntnisse ein(...)

Auszüge aus einer Arbeitsvereinbarung für eine Plattform „Dalit-Solidarität-Deutschland“ (DaSoDe).

1. Schon 1996 erklärte das Komitee zur Abschaffung von Rassendiskriminierung, daß der in Artikel 1 der Konvention über die Abschaffung aller Formen von rassistischer Diskriminierung gebrauchte Begriff „descent“ nicht ausschließlich auf „Rasse“ (race) anzuwenden ist. Da-

nach fällt die Situation der Scheduled Castes and Scheduled Tribes in den Rahmen dieser Konvention.

2. Ein Jahr später stellte die UN-Menschenrechtskommission fest, daß die Scheduled Castes and Scheduled Tribes immensen sozialen Diskriminierungen und überproportional vielen

Verletzungen ihrer bürgerlichen und politischen Rechte unterworfen sind.

3. Mit Bezug auf Indien zeigte sich im Jahr 2000 das Komitee für die Abschaffung der Diskriminierung von Frauen "beunruhigt über die kontinuierliche Diskriminierung, eingeschlossen der Gewaltanwendung, unter denen Frauen aus Dalit-Communities leiden".

4. Ähnliche Beobachtungen wurden von dem Komitee für die Rechte der Kinder bezüglich der Situation von Kindern aus Dalit-Gemeinschaften gemacht.

5. Im letzten Jahr verabschiedete die UN-Unterkommission für Menschenrechte eine Resolution gegen die „Diskriminierung aufgrund der Abstammung und der (beruflichen) Tätigkeit.“ Die Kommission beauftragte den UN-Experten Goonesekere (Sri Lanka) mit der Aufgabe zur WCAR ein Arbeitspapier vorzulegen, in dem a) Gemeinschaften identifiziert werden, die diesen Diskriminierungsformen unterliegen; b) existierende konstitutionelle, legislative und administrative Mittel für die Abschaffung solcher Diskriminierungen geprüft werden; c) Empfehlungen zur Abschaffung der Diskriminierungen vorgeschlagen werden.

6. Auf das Thema wurde an mehreren Stellen der Empfehlungen zur WCAR durch das Asiatisch-Pazifische Expertenseminar in Bangkok im September 2000 eingegangen.

7. Auf der regionalen Vorbereitungskonferenz zur WCAR in Teheran (Februar 2001) wurde von einem Repräsentanten der nepalesischen Regierung zum ersten Mal bei einer solchen Veranstaltung eingeräumt, daß es Kastendiskriminierung in seinem Land gibt und das Thema auf die Tagesordnung der WCAR gehöre. Die von der indischen Regierung entsandten (!!!) 20 NGO-VertreterInnen, ließen dagegen auf dem NGO-Forum keine Gelegenheit ungenutzt Diskussionen über Kastendiskriminierung zu stören, und die offizielle Argumentation (Kaste ist nicht Rasse, internes Problem, Veränderungen brauchen

Zeit) gebetsmühlenartig zu wiederholen.

8. Auf der von der NCDHR organisierten Global Conference Against Racism and Caste-based Discrimination: Occupation and Descent-based Discrimination Against Dalits“ im März 2001 nahmen RepräsentantInnen der Dalit-Bewegungen aus Indien, Nepal, Bangladesh, Pakistan und Sri Lanka, sowie VertreterInnen von NGOs aus den Niederlanden, Dänemark, Deutschland, Hong Kong SAR, Großbritannien, Japan und den USA teil. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung wurde Kastendiskriminierung und die Pra-



Eine Vertreterin der Bur... im Gespräch mit der NCDHR, März 2001

xis von „Unberührbarkeit“ als Quelle enormen Leidens und als Ursache mannigfacher Verletzung von Menschenrechten an 240 Millionen Menschen in Südasien verurteilt. Gefordert wird die Anerkennung des „Kastensystems“ als eine Form von Apartheid und eine spezifische Form von Rassismus, die die Opfer ungeachtet ihrer Glaubensrichtung betreffen. (Die komplette Abschlusserklärung unter: www.t-online.de/home/DWHFFM)

Trotz des immensen Druckes von mehreren Seiten, einschließlich den vom indischen Staat gesponserten NGOs ist das Thema Kastendiskriminierung nun zu einer Angelegenheit der UN-Menschenrechtinstitutionen geworden.

Die NCDHR und das internationale Netzwerk haben in den letzten zwei Jahren bei vielen Regierungen für die Menschenrechtsfrage der Dalits in Indien und Südasien geworben, und die Unterstützung von NGOs aus Nord-

und Südamerika, Afrika, Asien und Europa erhalten.

Für die weitere Arbeit innerhalb des UN-Systems macht es Sinn das Problem überall dort anzusprechen, wo es bereits eine Basis gibt. Z.B. sollten Dalit-Frauen das Komitee zur Abschaffung von Frauendiskriminierung benutzen, usw. Dafür müssen gute Dokumentationsmaterialien erstellt werden, die nicht nur den Repressionsansatz beinhalten, sondern auch Lösungen anbieten und die legislativen und administrativen Hindernisse genau analysieren und benennen. Auf drei Funktionsebenen muß diese Arbeit stattfinden:

a) Monitoring, b) Untersuchungen/Studien, c) laufende aktuelle Berichte und Zeugenaussagen. Es sollte so viel wie möglich Dokumentationsmaterial innerhalb der relevanten Kommissionen zirkulieren. Für die beteiligten europäischen NGOs wird es in den Zeit bis zur WCAR darum gehen müssen, die nationalen Regierungen und die EU-Kommission -mehr als das bislang geschehen ist- über die Motive der Dalit-Menschenrechtsbewegung zu informieren

und sie für deren Forderungen zu gewinnen.

Die nächste Möglichkeit auf UN-Ebene zu intervenieren bietet sich auf der abschließenden Vorbereitungskonferenz zur WCAR in Genf (21. Mai bis 1. Juni).

Auf der Basis der Texte die auf den verschiedenen Vorbereitungskonferenzen und Expertentreffen diskutiert und verabschiedet wurden, hat die Thematik Eingang in die ‚Draft Declaration and Programme of Action for the WCAR‘ gefunden.

Zu einer Verabschiedung durch das hierfür vorgesehene Treffen der Inter-sessional Working Group am 06.03.-09.03.2001 in Genf ist es aber nicht gekommen. Die Delegierten kamen über die Diskussion der Preamble nicht hinaus und vertagten sich auf ein Treffen, das jetzt kurz vor dem 21.05. stattfinden wird.

Adivasis und Dalits - Perspektiven der Unterstützungsarbeit in Deutschland

Internationale Ebene: Die Vertreter der Adivasi-Bewegung sind seit vielen Jahren vor allem im Rahmen der Subcommission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities und deren Working Group on Indigenous People aktiv. Die Vertreter der Dalit-Bewegung waren bisher in den in Frage kommenden UN-Gremien weniger präsent. Vorübergehend gab es Beteiligungen in der Working Group on Indigenous Populations, gegenwärtig richten sich ihre Hoffnungen stärker auf das Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD). Allgemein ist zu sagen, daß die UN-Menschenrechtsinstitutionen orientierte Arbeit wichtig ist, aber sie darf sich nicht allein darauf konzentrieren. Die UN-Menschenrechtsinstitutionen sind schwerfällige Apparate, bei denen auch der Vortrag der schlimmsten Klage auf einen langen Weg mit ungewissem Ausgang geschickt wird.

Bisherige Solidaritätsarbeit in Deutschland: Adivasi-Koordination (AK) und Dalit-Solidaritätsforum (DSF) haben sich unabhängig voneinander gegründet. Die Kontakte des DSF bezogen sich nahezu ausschließlich auf das Dalit Solidarity Programme (DSP) in Indien und auf die christliche NGO "CARDS". Inhaltliche Arbeit wurde mangels Personal kaum gelistet. Die Tätigkeit des DSF beschränkte sich weitgehend auf Kontaktpflege mit den indischen Partnern unter ständiger Mitwirkung der Hilfswerke. Das DSF ist inzwischen erloschen. Die AK ist vor allem durch freiwillige Mitarbeit und selbständige inhaltliche Arbeit ihrer Mitglieder gekennzeichnet (seit 1991). Sie unterhält Kontakt zu einer Reihe von Selbstorganisationen der Adivasis und Unterstützern in Indien wie auch in Deutschland/Europa. Sie hat sich im Frühjahr 2000 als e.V. gegründet. Hilfswerke und Missionswerke sind in beiden Bereichen in Indien tätig. Genaueres über den Umfang und die Art ihrer Adivasi- und Dalit-Projekte ist

zumeist nicht bekannt.

Zukunft:: Neben der Unterstützung der Arbeit bei den UN-Menschenrechtsinstitutionen und der Tätigkeit der Hilfs- und Missionswerke in Indien ist Informations- und Aufklärungsarbeit in Deutschland/Europa über die Situation der Adivasis und Dalits notwendig. Diese sollte nicht nur Klagen vortragen, sondern auch Dokumente hervorbringen, die einem hiesigen Publikum Identifikation ermöglicht (Texte von und über historische Persönlichkeiten, Literatur von und über Adivasis und Dalits). Es muß auch klar gemacht werden, daß die Anliegen und Probleme der Adivasis und Dalits nicht nur die der christlichen Adivasis und Dalits sind.

Die Tätigkeiten der Hilfs- und Missionswerke in den beiden Bereichen in Indien sollten für die hiesigen Unterstützerszene noch transparenter werden zwecks inhaltlicher und politischer Unterstützung.

(J.L., Heidelberg im September 2000)

Veranstaltungshinweise:

07.05.01 Gründungsveranstaltung der "Plattform Dalit Solidarität Deutschland" in Frankfurt am Main, Ort: Diakonisches Werk, Ederstraße 12, 10-16 Uhr

06.-08.Juli 01 Ev. Akademie in Mühlheim, Tagung zum Thema "Minderheiten in Indien und Deutschland"

31.08.-07.09.01 WCAR; in Durban Südafrika

21.-23.09.01 Evangelische Akademie Bad Boll, Seminar "Indien-Gewalttradition und Gewaltüberwindung"

Buchhinweise:

-David Haslam: Caste Out! The liberation struggle of the Dalits in India; 171 Seiten, London 1999
-Human Rights Watch: Broken People-Caste Violence Against India's "Untouchables": Der Bericht ist mittlerweile auch in acht indischen Sprachen erhältlich; 291 Seiten, New York 1999

-Martin Fuchs: Kampf um Differenz-Repräsentation, Subjektivität und soziale Bewegungen. Das Beispiel Indien; 449 Seiten, Frankfurt am Main 1999



Adressen:

NCDHR, c/o Navsarjan Trust/2, Ruchit Apartment/Dharmidhar Derarsar/Opp. Suraj Party, Plot Vasna/Ahmedabad 380006/Gujarat/
E-Mail: navsarjan@icenet.net,
c/o Peoples' Watch/E-Mail: henri@satyam.net.in /E-Mail: Henri@pronet.net.in
c/o Paul Divarkar/E-Mail: pdivakar@satyam.net.in;
India Committee of the Netherlands (ICN) c/o Gerard Oonk/Mariaplaats 4/3511 LH Utrecht/the Netherlands/
Tel.: +31 30 2321340/Fax: +31 30 2322246/E-Mail: liw@antenna.nl;
Dalit Solidarity Network-UK/ c/o Rev. David Haslam/41 Burbage Road/UK-London SE24 9HB/+44-20-72746633/E-Mail: davidhaslam@easynet.co.uk;
DanChurchAid/ c/o Rikke Nöhrind/ Human Rights Co-ordinator/ Norregade 13/1165 Copenhagen K/ Denmark/E-Mail: rn@dca.dk;
Human Rights Watch c/o Smita Narula/E-Mail: narulas@hrw.org
Weitere Informationen:
www.dalits.org
www.hrw.org/reports/1999/india
www.ambekar.org

Impressum:

Info: Dalit Solidarität
c/o DRITTE WELT HAUS e.V.
Falkstraße 74 60487 Frankfurt/M.
Tel.: 069-79201772,
Fax: 069-78960399
E-Mail: DWHFFM@t-online.de
Internet:
home.t-online.de/home/DWHFFM